

Antrag 12/1/2021

SPD-Bezirk Hannover

Der Landesparteitag möge beschließen:

Resolution: Niedersachsen hat Platz. Unser Einsatz für eine solidarische Asylpolitik

1 Es war das dramatische Symbol der humanitären Krise an der EU-Außengrenze, als im September 2020 das
2 griechische Flüchtlingslager Moria in Flammen stand. Zuvor hatten 12.600 Geflüchtete in dem Camp gelebt,
3 das für 2.800 Personen ausgelegt gewesen war. Im Dezember brannte auch das Lager im bosnischen Lipa.
4 Die Zelte und die wenige Habe der Geflüchteten verbrannten dort mitten im Winter. In beiden Bränden
5 zeigte sich die Verzweiflung und Perspektivlosigkeit derjenigen, die nach Europa geflohen waren und nun
6 in improvisierten Zeltstädten unter menschenunwürdigen Bedingungen ausharren mussten.

7 Die Zustände in Moria und Lipa passen weder zu unserer sozialdemokratischen Vorstellung von Europa
8 noch zum bestehenden Selbstbild der EU: Einem Europa der Freiheit, der Demokratie und des Rechtsstaats.
9 Einem Europa, dass die Menschenrechte nicht nur postuliert, sondern auch tatkräftig verteidigt. Als nieder-
10 sächsische SPD bekräftigen wir unser Bekenntnis zu einem Europa, das Humanität und Rechtsstaatlichkeit
11 auch an seinen Außengrenzen hochhält.

12 Reform der EU-Asylpolitik

13 Spätestens seit 2015 wissen wir, dass das Dublin-II-System gescheitert ist. Geflüchtete müssen in dem EU-
14 Staat einen Asylantrag anstellen, in dem sie angekommen sind. Dadurch werden die Staaten an der EU-
15 Außengrenze mit der Verantwortung allein gelassen, finanzielle und organisatorische Lasten auf sie ab-
16 gewälzt. Überforderung, Chaos und humanitäre Notsituationen, wie beispielsweise in Moria, sind daher
17 auch die Konsequenz des Dublin-Systems. Wir halten an der Forderung nach einer gemeinsamen, solida-
18 rischen EU-Asylpolitik fest. In den europäischen Gesetzgebungsprozess muss Bewegung kommen. Hier ist
19 vor allem der Rat der Europäischen Union gefordert, endlich eine konstruktive Verhandlungsposition der
20 Mitgliedstaaten zu entwickeln. Das Europäische Parlament hat bereits in der Entschließung vom 12. April
21 2016 ein einheitliches europäisches Asylsystem sowie faire und zuverlässige Verfahren, die auf dem Grund-
22 satz der Nichtzurückweisung beruhen, gefordert. Die faktische Blockade durch den uneinigen Rat und die
23 damit verbundene politische Hängepartie ist mitverantwortlich für die katastrophalen Zustände an der
24 EU-Außengrenze. Hier zeigt sich nicht zuletzt, dass sich die EU insgesamt weiterentwickeln muss. Das
25 Taktieren und Blockieren einzelner Staaten darf nicht weiter die EU insgesamt hemmen. Dass die sozial-
26 demokratische EU-Innenkommissarin Johansson im September 2020 einen neuen Migrationspakt vorge-
27 schlagen hat, um neue Kompromissmöglichkeiten auszuloten, ist grundsätzlich begrüßenswert. Allerdings
28 beobachten wir mit Sorge, dass der Fokus in der Debatte um den Migrationspakt oft zu sehr auf dem As-
29 pekt der Rückführungen liegt. Angesichts der dramatischen Zustände in den Flüchtlingslagern und auf dem
30 Mittelmeer ist nicht der Mangel an Rückführungen, sondern der Mangel an menschenwürdigen Lebensbe-
31 dingungen und sicheren Fluchtwegen das drängendste Problem der EU-Asylpolitik.

32 Evakuierung in Notsituationen

33 So sehr wir auf die Reform der EU-Asylpolitik drängen, so bewusst ist uns auch, dass diese Reform nicht
34 in kurzer Zeit abgeschlossen sein wird. Seit 2015 wird die Debatte über europäische Solidarität in der
35 Flüchtlingspolitik geführt. Das Sterben im Mittelmeer, die Brände in Moria und Lipa, die Gewalt an der
36 EU-Außengrenze zwischen der Türkei und Griechenland wurden dadurch nicht verhindert. Wir setzen uns
37 deshalb weiterhin dafür ein, in akuten Notsituationen gefährdete Menschen zu evakuieren und aufzuneh-
38 men. Der Verweis auf eine "europäische Lösung" darf nicht zur Ausrede werden, um dringend benötigte
39 Soforthilfen zu verhindern. Die SPD-geführte niedersächsische Landesregierung hat bereits vor dem Brand
40 in Moria unbegleitete minderjährige Geflüchtete aus dem Lager evakuiert und auch nach dem Brand die
41 Evakuierung von Geflüchteten ermöglicht. In Niedersachsen werden wir weiterhin diesen Weg der europäi-
42 schen Solidarität und Humanität gehen. Wir wissen um die Weltoffenheit und die Aufnahmekapazitäten
43 unseres Bundeslandes und wollen mit positivem Beispiel vorangehen. Uns ist aber auch klar: Die Bundes-

44 regierung ist in der Pflicht, diese Politik zu unterstützen. Die Aufnahmebereitschaft des Bundes nach dem
45 Brand in Moria war der Notlage nicht angemessen - und das obwohl es durchaus weitere europäische Staa-
46 ten gab, die zur Hilfe bereit waren. Das Bundesinnenministerium, unter Leitung von Horst Seehofer (CSU),
47 hat die Möglichkeiten der Bundesrepublik, in dieser konkreten Notsituation zu helfen, nicht ausreichend
48 genutzt. Nach dem Brand des Lagers im bosnischen Lipa war die europäische Aufmerksamkeit sogar noch
49 geringer, als nach dem Brand in Moria. Wir werden dem Bund gegenüber deshalb weiter auf humanitä-
50 re Lösungen drängen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat hierzu mit dem Positionspapier „Menschlich und
51 solidarisch: Ein sozialdemokratischer Weg für das Gemeinsame Europäische Asylsystem“ vom 16.06.2020
52 bereits einen wichtigen Vorstoß unternommen. Mit den niedersächsischen Kommunen, die wiederholt ih-
53 re Aufnahmebereitschaft bekundet haben, und mit zivilgesellschaftlichen Organisationen werden wir eng
54 zusammenarbeiten, um die vorhandenen Kapazitäten zu nutzen. Wir setzen uns dafür ein, dass aufnah-
55 mebereite Kommunen und Bundesländer die Möglichkeit bekommen, humanitäre Aufnahmeprogramme
56 umzusetzen und nicht länger durch das Bundesinnenministerium ausgebremst werden.

57 **Seenotrettung statt illegaler Pushbacks**

58 1.116 Menschen fanden 2020 bei der Flucht über das Mittelmeer den Tod. Seit dem Auslaufen des Mandats
59 für die Operation “Sophia” findet keine europäische Seenotrettung im Mittelmeer mehr statt. Stattdes-
60 sen lastet die Verantwortung vor allem auf den Schultern von privaten Seenotretter*innen, die für dieses
61 Engagement auch noch mit Kriminalisierung rechnen müssen. Gleichzeitig steht die europäische Grenz-
62 schutzagentur Frontex im Verdacht, sich an illegalen Pushbacks, also dem Abdrängen und Zurückweisen
63 von Geflüchteten im Mittelmeer, beteiligt zu haben. Auch deutsche Bundespolizist*innen sollen am 10. Au-
64 gust 2020 an einer Pushback-Aktion in der Ägäis beteiligt gewesen sein, bei der sie 40 Personen, darunter
65 Frauen und Kinder, nicht rettete, sondern an der Weiterfahrt hinderten, sodass die griechische Küstenwache
66 das Boot zurück in türkische Gewässer schleppen konnte. Immer wieder wird von solchen Verstößen gegen
67 Völkerrecht und fundamentale Grundrechte berichtet. Dieses Grenzregime ist der Europäischen Union un-
68 würdig. Wir Sozialdemokrat*innen verteidigen die Rechtsstaatlichkeit - nicht nur innerhalb der Union, son-
69 dern auch an unseren Grenzen. Boote mit Geflüchteten abzudrängen und zurückzuweisen ist nicht unsere
70 Antwort auf Flucht und Vertreibung. Unsere Antwort bedeutet sichere Aufnahme, menschenwürdige Un-
71 terbringung und ein rechtsstaatliches Asylverfahren. Deshalb gehört die Grenzschutzagentur Frontex auf
72 den Prüfstand. Unter Leitung von Fabrice Leggeri hat sie weniger mit der dringend benötigten Seenotret-
73 tung, als mit Zurückweisung von Schutzsuchenden, mit Intransparenz und Treffen mit der Rüstungslobby
74 von sich reden gemacht. Wir schließen uns der Forderung der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament an:
75 Frontex-Chef Leggeri muss zurücktreten. Personelle Konsequenzen werden jedoch nicht genügen. Wir for-
76 dern deshalb, dass europäischer Grenzschutz zwingend auch europäische Seenotrettung bedeuten muss
77 und die strategische Ausrichtung von Frontex dahingehend geändert werden muss. Zudem muss die Arbeit
78 der Grenzschutzagentur effektiver und unabhängiger kontrolliert werden. Der Verwaltungsrat der Agentur
79 hat diesen Anspruch jüngst nicht erfüllen können. Wir begrüßen die kürzliche Einrichtung der Frontex Scr-
80 tiny Working Group im Europäischen Parlament, die überprüfen soll, ob Frontex Grundrechte einhält, und
81 fordern eine Verstärkung dieser demokratischen Kontrolle.

82

Empfehlung der Antragskommission

Annahme